

Herforder Zeitung

für Stadt

und Land

Bezugs-Preis 5.40 Mark
vierteljährlich. Bei Postbezug
5.40 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag: Fr. Kuhn
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5296
Schiedam Hamover

Anzeigenpreis 20 Pfennig
die 1 Spalt. Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Kleinanzeigen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 55

Herford, Freitag, den 5. März 1920

30. Jahrgang

Für die Revision des Friedens- vertrages.

Langsam mehrten sich im Auslande Stimmen, die im Hinblick auf die Lage der Welt, aber auch in der Erkenntnis von den auf Deutschland lastenden Schwierigkeiten für die Revision des Friedensvertrages eintreten. Zuerst waren es nur die am weitesten linksstehenden Sozialisten, die diesen „auf kapitalistischen Voraussetzungen aufgebauten Frieden“ verwurten. Jetzt aber sprechen sich schon die Männer an leitender Stelle für Änderungen aus, und zwar sehen sie im Völkerverbund die Stelle, die Abhilfe schaffen muß. Der englische Außenminister Lord Curzon sagt: „Der Völkerverbund ist nicht nur eine absolut wesentliche Schöpfung zur Sicherung gegen eine Wiederholung der Schrecken, die sich unserem Gedächtnis bereits entziehen, sondern auch eine Garantie einer friedlichen Herbeiführung der noch zu treffenden Regelungen.“ In den Wahlreden zu Paisley führt Macquith folgende Gedanken aus: „Europa kann nicht geheilt werden, wenn nicht alle Teile geheilt werden. Rußland und Deutschland müssen unverzüglich in den Völkerverbund aufgenommen werden. Der Bund muß sofort einen neuen Rat, bestehend aus allen beteiligten Ländern schaffen, der an die Revision des unmöglichen Friedensvertrages gehen muß. ... Nach meiner Ansicht kann Deutschland die Verpflichtungen nicht erfüllen. Dieser Friede ist nicht ein Friede, wie wir ihn verlangten.“ Selbst Männer wie Churchill bekennen sich zu der gleichen Ansicht: „Wir müssen verhindern, daß Deutschland nicht über eine Linie hinausgetrieben wird, hinter der es unter der Last seiner Bürde zusammenbricht. ... Es liegt in unserem eigenen Interesse, die jetzige deutsche Regierung zu unterstützen und ihr behilflich zu sein, durch die jetzigen Schwierigkeiten hindurchzukommen und ihr Land wieder auf die Beine zu bringen.“

Man ist auch zu der Erkenntnis gekommen, daß es ein großer Fehler war, die Höhe der Entschädigungssumme noch nicht festzusetzen und der Wiedergutmachungskommission so außerordentlich weitgehende Befugnisse einzuräumen. So fordert Henderson: „Unterstellung der Schiedskommission unter die Kontrolle des Völkerverbundes, Recht der Berufung an den Völkerverbund gegen die Beschlüsse dieser Kommission, sofortige provisorische Abänderung des Friedensvertrages, soweit es notwendig ist, um die angegebenen Maßregeln durchzuführen.“ Der amerikanische Schatzsekretär Glas ist für sofortige Festsetzung und Gerabehaltung der Ziffer der Entschädigung und Balfour fügt dem hinzu, daß man sie um 50 oder mehr Prozent erniedrigen müsse. Auch die neuen Grenzen in Zentral- und Osteuropa sind als provisorisch zu betrachten. Der Unterstaatsminister Fisher, Lloyd George, Lord Newton im Oberhaus, der Finanzpolitiker Paisley, sie alle sind sich darüber klar, daß in den Bestrebungen zur Wiedergutmachung eine Veränderung vorgenommen werden müsse.

Auch in Italien kommt man zu ähnlicher Ueberzeugung. Im „Corriere della Sera“ heißt es: „Arbeiten wir doch alle an dem Völkerverbund, der die allmähliche Umgestaltung der Verträge vorbereitet, ehe diese unter dem Gewicht der Nichterfüllung zusammenbrechen.“ Und Mario Borsa erklärt: „Der Vertrag von Versailles ist zum Sterben verurteilt worden zwischen Unterzeichnung und Ratifikation. Eine Revision scheint unumgänglich. ... Es ist im Interesse aller, daß man das Unrecht aufgibt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir dazu gezwungen werden, wenn wir uns in die Unmöglichkeit verkehrt sehen, den Pariser Entschlüssen im ganzen Geltung zu verschaffen.“

Besonders charakteristisch ist der Gesichtspunkt, der von dem Schweden Branting bei der Debatte über den Beitritt zum Völkerverbund im schwedischen Reichstag ausgeführt wurde. Er erklärt es als Hauptaufgabe der Neutralen, daß sie ihre Mitgliedschaft im Völkerverbund dazu benutzen sollen, um für die Revision des Vertrages Arbeit zu leisten. Aus einer ganzen Anzahl Äußerungen englischer und amerikanischer Fachleute und Politiker, vor allem aber aus neutralen Ländern kommen immer mehr die zwei neuen und wichtigen Gedanken zum Ausdruck: Unmöglichkeit der Durchführung der Friedensbedingungen für Deutschland und daher Notwendigkeit der Revision durch den Völkerverbund.

Frankfurt a. M., 4. März. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Rom: Setzen siehnen in der Kammer entwickelten Programm, den Frieden so umzugestalten, daß auch die Besiegten die Möglichkeit haben, sich zu entwickeln, um

Das Neueste vom Tage.

Reichskanzler Bauer sagte zu einem Sonderberichterstatter des Pester Lloyd, die Angelegenheiten einer langsamen Besserung der Wirtschaftsverhältnisse mehrten sich in den letzten Monaten auffallend.

Im Prozeß Erzberger-Gelferich beantragte der Oberstaatsanwalt eine Geldstrafe von dreihundert Mark.

Die Untersuchungen über Erzbergers Steuer-Deklarationen sind beendet und werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Minister Heine sagte den Schleswig-Holsteinern weitgehende Selbstständigkeit in den provinziellen und Gemeinde-Angelegenheiten ebenso in der Gewährleistung der Schleswig-Holsteinischen Sonderrechte. Auch den sprachlichen Minderheiten solle Rechnung getragen werden.

Ueber die Einberufung einer verfassungsgebenden Reichversammlung in Preußen soll zwischen dem Oberkirchenrat und der Landesregierung eine Einigung zustande gekommen sein.

Im ober-schlesischen Abstammungsgebiet werden tschechische Agitatoren für den Anschluß an Tschechien; der deutsche Kommissar wird scharfstens dagegen einschreiten.

In der Auslandsbewegung der Landarbeiter im Bezirke Rostock wurde ein Schiedspruch gefällt, dem sich beide Teile fügten, so daß die Arbeit wieder aufgenommen werden wird.

Nach einer Meldung aus Straßburg stellt sich die elsässische Presse immer mehr auf die Seite derjenigen, die gegen die französische Verwaltung im Lande ankämpfen.

In Olmütz kam es zu Lebensmittelunruhen und Plünderungen der vier größten Lebensmittelgeschäfte der Stadt. 80 Plünderer wurden verhaftet.

Die Menge der aus den Niederlanden nach Deutschland ausgeführten Milch ist vom 1. März ab von 30 000 auf 40 000 Liter täglich erhöht worden.

Kronprinz Carol von Rumänien will sich von seiner Frau trennen und wird demnächst als Kronprinz anerkannt werden.

In Frankreich werden noch immer etwa neunhundert deutsche Kriegsgefangenen zurückgehalten, bis die gegen sie angestregten Prozesse abgeschlossen sind.

Die Bolschewisten nähern sich auf der ganzen Front der finnischen Grenze; ihr linker Flügel steht am Ufer des Ladoga-Sees.

Das gesamte finnische Ministerium Bennsola reichte, nachdem heftige Angriffe gegen die äußere und innere Politik der Regierung gerichtet worden waren, sein Abschiedsgesuch ein.

Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, der erste Transport aus Sowjetrußland mit 600 heimkehrenden Invaliden sowie Frauen und Kindern wurde an der Demarkationslinie übernommen. Das Eintreffen des Transportes in Deutschland kann in den nächsten Tagen erwartet werden.

Der italienische Ministerpräsident Nitti hat den formellen Antrag gestellt, den ungarischen Friedensvertrag umzuwandeln. Die 13 Millionen Magyaren auf südslawischem, rumänischem und tschecho-slowakischem Gebiet müßten Ungarn zugesprochen werden.

Das deutsche Büro meldet aus Konstantinopel den Rücktritt des Kabinetts. Der Sultan hat den Marschall Tzetz Pascha berufen.

Der ehemalige Präsident Taft klagt Wilson an, auf die Verwerfung des Friedensvertrages von Versailles hinzuwirken, damit er keine Entscheidung über die Lodge'schen Vorbehalte zu treffen brauche.

Die japanische Presse hat sich in der Frage der Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers auf den Standpunkt der Niederlande gestellt.

am Wiederaufbau Europas mitwirken zu können, ist Ministerpräsident Nitti in London freundschaftlich, aber entschieden für die politische und wirtschaftliche Revision des Versailler Vertrages eingetreten. Der Korrespondent erzählt, daß die Bemühungen Nittis erfolgreich gewesen sind, indem die Verbündeten diesem Revisionsprogramm grundsätzlich zugestimmt haben.

Das wirtschaftliche Manifest des Obersten Rates.

Haag, 4. März. Das wirtschaftliche Manifest des Obersten Rates besteht aus einer Einleitung und einer Reihe definitiver Beschlüsse. Evening Standard zufolge wird in der Einleitung befristet: 1. größere Mengen Rohstoffe als bisher müssen Deutschland zur Verfügung gestellt werden; 2. der Wiederaufbau der deutschen Industrien ist ein europäisches Interesse, und es ist Pflicht der Verbündeten, Deutschland dabei behilflich zu sein; 3. das gleiche gilt von der Wiederherstellung der belgischen und französischen Gebiete; 4. ohne Wiederherstellung der deutschen und französischen Lage, wie sie vor dem Kriege bestand, ist ein wirtschaftliches Gleichgewicht in Europa nicht möglich.

dd. Haag, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Daily Telegraph schreibt zu dem gefassten Beschluß: Wir erfahren, daß eine allgemeine Uebereinstimmung dahingehend erreicht wurde, daß Deutschland Hilfe von Europa erhalten soll, um seine frühere industrielle Leistungsfähigkeit wiederzugewinnen. Zu diesem Zweck soll vor allem die Summe der deutschen Kriegsentschädigung festgesetzt werden.

Die internationale Währungs-konferenz wird in Kürze wahrscheinlich in Brüssel stattfinden.

Wiederherstellung des Güterverkehrs mit Frankreich

L. M. Basel, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der Schweizer Preßtelegraph meldet, fanden am Mittwoch und Donnerstag zwischen den Vertretern belgischer und französischer Eisenbahngesellschaften einerseits und Vertretern aller deutschen Eisenbahnverwaltungen andererseits Verhandlungen über die Wiederaufnahme des direkten Güterverkehrs statt. Dabei ist eine gute Grundlage für die rasche Wiederherstellung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen gefunden worden.

Die Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland.

L. M. Berlin, 4. März. Der Ausschuss der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten hielt am Dienstag und Mittwoch längere Sitzungen ab, in denen u. a. die Frage einer Verständigung mit Rußland einer eingehenden Besprechung unterzogen wurde. Als Ergebnis der Besprechungen stellte der Vorsitzende Scheidemann zum Schluß folgendes fest: Der Ausschuss ist nach eingehender Prüfung und Besprechung unseres Verhältnisses zu Rußland zu folgendem Ergebnis gelangt: 1. Beschluß der Reichsregierung, mit einem Delegierten der Sowjetregierung in Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen einzutreten, wird gutgeheißen; 2. die Absicht wirtschaftlicher und industrieller Kreise, eine Studienkommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage nach Rußland zu entsenden, wird begrüßt. Es wird der Regierung empfohlen, diese Forderungen zu berücksichtigen, um damit die demnächstige Aufnahme der Handelsbeziehungen vorzubereiten.

Der Höhepunkt der Leipziger Messe.

Ausgleich zwischen Inlands- und Auslandspreisen.

Leipzig, 4. März. Mit dem gestrigen Tage hat der Verkehr auf der Leipziger Messe seinen Höhepunkt überschritten. Das äußere Bild hat an Lebhaftigkeit gegen die früheren Messbilder bis zum Mittwoch nicht zurückgestanden, ihn am ersten Tage sogar weit überschritten. Besonders stark war der Besuch vom Auslande, das mindestens um die Hälfte mehr Käufer als im Herbst zur Messe entsandt hat. In geschäftlicher Beziehung war das Bild der

Messe meist nicht ganz einheitlich. Im allgemeinen hat die dringende Nachfrage in den meisten Geschäften angehalten. Die Preise für Waren haben nicht nur seit der Herbstmesse, sondern in den allerletzten Wochen noch außerordentliche Steigerungen erfahren. Die hohen Preise bewirkten anfänglich eine gewisse Zurückhaltung, die aber bald von der Dringlichkeit des Bedarfs besiegt wurde und zu reichlichen Bestellungen führte. Zugunsten zu höchsten Preisen nahmen im Geschäft einen weiten Raum ein. Die Preissteigerungen haben auf manchen Gebieten einen großen Teil der Spannung zwischen In- und Auslandspreisen aufgehoben und wo es nicht der Fall ist, sorgen noch Exportzuschläge dafür, daß die Waren nicht aus Ausland verschleudert werden. Infolgedessen ist der Anreiz zum Kauf nicht mehr so groß und es drückt sich in den Bestellungen mehr als bisher der wirkliche Bedarf aus. Leider herrscht in Bezug auf die Auslandszuschläge bei den deutschen Fabrikanten noch vielfach Unklarheit und sie werden in so weiten Grenzen verwendet, daß die ausländischen Käufer unsicher werden. Der sogenannte Ausverkauf Deutschlands ist durch die Messe nicht gefördert worden. Auch ziehen es viele Fabrikanten vor, zuerst die inländischen Kunden zu bedienen, selbst wenn das Ausland höhere Preise bietet. Der Reichtum und die Vielfältigkeit des Angebotes ist erstaunlich und gibt die Gewähr dafür, daß mit der allmählichen Besserung des Roh- und Rohstoffmangels, der Verkehrsverhältnisse und vor allem der Arbeitskraft, der deutschen Industrie wieder mehr Kräfte gewonnen werden. Der Arbeitswille der an der Messe beteiligten Kreise und der Betriebe, sich wirtschaftlich wieder emporzurichten, dürfte das Vertrauen des Auslandes bestärkt und ihm die Besserung unserer Lage gezeigt haben.

Unzufriedenheit in Elsaß-Lothringen.

dd. Straßburg, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die französische Polizei hat Steckbriefe gegen mehrere Neutralisten in Elsaß-Lothringen erlassen. In St. Ludwig ist ein Elsaßler wegen autonomischer Rundgebungen verhaftet. Im Straßburger Landesgefängnis befinden sich noch zahlreiche Personen, welche Strafen wegen neutralistischer Rundgebungen verbüßen.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Bericht.)

dd. Berlin, 4. März 1920.

Als Attentat gegen das juristische und das vaterländische Gewissen charakterisierte am Donnerstag Abg. Dr. Kahl (D. V.) als Berichterstatter des Verfassungsausschusses den Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919. Eine Frucht grausamen feindlichen Zwanges, ist ihm diese Vorlage ein politisches Gesetz als Einlösung der den Feinden in der Auslieferungstrage gegebenen Zusage zwecks Strafverfolgung der in der Mitternachtsliste aufgeführten Beschuldigten deutscher. Der Verfassungsausschuß hat sich zu dem ihm zugewiesenen Akt nationaler Selbstverleumdung bereit gefunden und ließ durch den Berichterstatter der Volksversammlung die unveränderte Annahme der Vorlage empfehlen, zugleich eines neu angefügten Paragraphen über die Regelung der Kosten des Verfahrens. Die Schande der Auslieferung soll von den Beschuldigten, der andernfalls drohende Bürgerkrieg vom Vaterlande ferngehalten werden. Als tröstlicher Stern in dunkler Schicksalsnacht erscheint dem Berichterstatter der unbestechliche Wahheitsinn des Reichsgerichts, dem die Aburteilung der vermeintlichen Kriegsverbrechen nunmehr obliegt. Reichsjustizminister Schiffer erklärt, durchaus das innere Widerstreben des Berichterstatters zu teilen. Doch dieser neue Schritt auf dem nationalen Reidenwege müsse getan werden, und das deutsche Volk habe Dank verdient, weil es durch einmütige Ablehnung die fittliche Unmöglichkeit des Auslieferungsvorgangs dargetan, die Auslieferung also verhindert habe. Das Panier des Vertrauens zum Reichsgericht ließ auch der Reichsjustizminister Schiffer ins deutsche Land hinaus leuchten. An der allgemeinen Aussprache zu § 1 des Gesetzes beteiligten sich nur Mitglieder der zustimmenden Regierungsparteien, die Abg. Dr. Quast (Soz.), Vurlage (Ftr.), Dr. Falk (Dem.) und der Unabhängige Seeger. Das Zentrum nimmt das Gesetz resigniert hin als unabwendbare Folge des verlorenen Krieges, die Herren Dr. Falk und Dr. Quast hingegen sehen in ihm einen sehr beachtenswerten Erfolg der Regierung auf dem Gebiete der Auslandspolitik, einen Beweis von Stärke, der dem Auslande Respekt abnötigt. In schonungsvoller Verehrung forderte Dr. Falk, daß Deutschland sich nicht in die Angelegenheiten drängen lassen, sondern die feindlichen Kriegsverfehlungen, Grausamkeiten und Morde, auch im besetzten Gebiete, furchtlos zur Sprache bringen. Hier erkante von rechts der Ruf: „Gegenlist!“ Die deutsche Volkspartei wird erst in dritter Lesung eine Erklärung über ihre Stellung zum Gesetz abgeben. Die Einzelberatung war kurz. Unterhaushaltssekretär Joel wandte sich gegen Änderungsanträge von rechts und links, die denn auch abgelehnt wurden. Am Freitag soll die dritte Lesung erfolgen, mit der Stellungnahme der Reichsparteien. Der Donnerstag brachte noch die Nachholung einer Abstimmung zum Reichseinkommensteuergesetz, anschließend daran tiefstufende Reden zur zweiten Beratung des Landessteuergesetzes, wie sie der großen Bedeutung der neuen Abgrenzung der Steuergerichtsbarkeit bei Reich, Ländern und Gemeinden angemessen war. Abg. Simon-Schwaben sprach für die Sozialdemokraten — nach dem Referat des Abg. Dr. Becker-Bessen (D. V.) —, Abg. Gasse für die Demokraten. Sorglich leuchtete er in die Ersparnismöglichkeiten hinein.

dd. Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Wie wir hören nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, daß noch im Laufe dieser Woche die Staatsberatungen durch die Nationalversammlung aufgenommen werden können, da die erforderlichen Vorarbeiten der zuständigen Ressorts bis dahin abgeschlossen sein dürften.

Preussische Landesversammlung.

(Eigener Bericht.)

dd. Berlin, 4. März 1920.

Die preussische Landesversammlung war auch heute nur ganz schwach besetzt. Vorher waren viele Abgeordnete, weil heute Vertagung eintreten sollte, schon abgereist. Die Beratung über den Antrag des Abg. Dr. Ritter (Dn.) auf Fahrpreiserhöhungen

bei den Eisenbahnen im Interesse der Jugendpflege wurde fortgesetzt. Abg. Neumann-Magdeburg führte aus, daß die Fahrpreiserhöhungen besonders die Großstadtkinder trafen und sie zweifelhaften Vergnügen ausliefern, wenn ihr die Möglichkeit der Fahrt ins Freie genommen würde. Auch Abg. Groeber (Z.) eruchte um rasche Prüfung der Frage durch das Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Abg. Dr. Kade (Dem.) erklärte die Zustimmung seiner Freunde, Abg. Frau Jahn (N. S.) begründete einen Ergänzungsantrag, daß die Ermäßigung auf die „Jugendorganisationen aller Richtungen“ ausgedehnt werden müßte. Abg. Gehst (D. V.) verlangte die Möglichkeit für die Jugend, Licht und Sonne zu genießen und Freude an Wald und Heide zu gewinnen. Die Regierung machte die Verwirklichung des Antrages von der Entwicklung der Betriebslage abhängig. Der Antrag wurde nebst dem Ergänzungsantrag der Unabhängigen dem Verfassungsausschuß überwiesen. Nach der Erledigung von Mittelfristen begründete Abg. Menzel-Stettin (Dn.) eine förmliche Anfrage über die hohen Holzpreise und forderte entscheidende Maßnahmen der Regierung. Landwirtschaftsminister Braun faßte sich dahin zusammen, daß nichts übrig bleibe als die Einführung der Zwangsversteigerung für Holz; er werde dahin auf das Reichswirtschaftsministerium einwirken. Nach kurzer Aussprache, in der die Abg. Peters-Hochdamm (Soz.), Dr. Goll (Dem.), Christange (N. S.) und Gehst (D. V.) besonders eindringlich Maßnahmen gegen Verschleuderung deutschen Holzes an das Ausland forderten, vertagte sich das Haus auf Dienstag, den 16. März, mittags 12 Uhr: Verfassung, Verwirklichung der Eisenbahnen. — Schluß 2 1/2 Uhr.

Die Landesversammlung wird sich heute, nach einer kürzeren Sitzung bis zum 16. d. Mts. vertagen. Nach den Ferien wird sie eine Reihe von Gesetzesvorlagen beraten, deren Erledigung noch vor Ostern dringend notwendig ist. Die Verfassung, einen Nachtragset, die Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich, das Moorflutungsrecht, die Unterbringung der Beamten aus den besetzten Gebieten und anderes mehr. Der neue Etat dagegen dürfte der Landesversammlung erst nach Ostern zugehen. Ob der Gesetzentwurf Groß-Berlin noch im März erledigt wird, steht noch dahin. Alle Vorlagen dürften in einer Woche fertiggestellt werden, damit der Verfassungsausschuß noch vor Ostern seine Arbeiten beginnen kann. Im Kesselrat wurde ferner zur Sprache gebracht, daß Reichsangelegenheiten möglichst nicht in der Landesversammlung behandelt werden sollen, und den Fraktionsvorsitzenden nahegelegt, in diesem Sinne auf ihre Parteien einzuwirken.

Deutsches Reich.

dd. Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Reichsregierung wird sofort einen lebhaften Protest dagegen einlegen, daß die Beschuldigten aus dem besetzten Gebiet schon jetzt vor französische Kriegsgerichte gestellt werden, um sie der nach dem neuen Reichsgesetz und nach der Vereinbarung mit der Entente vorgesehenen deutschen Gerichtsbarkeit zu entziehen.

Antrag auf Auflösung der Nationalversammlung.

II. Berlin, 4. März. Die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung haben folgenden gemeinsamen Antrag eingebracht: Die verfassunggebende Nationalversammlung wolle beschließen, I. die Reichsregierung zu ersuchen, I. alsbald mitzuteilen, welche Gesetzentwürfe sie der Nationalversammlung nach vor ihrer Auflösung vorzulegen gedenke, 2. die Entwürfe zum Reichswahlgesetz, zum Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und zum Gesetz über Volksentscheid und Volksbegehren mit größter Beschleunigung vorzulegen; II. sich vom 1. Mai d. J. ab als aufgelöst zu erklären.

Noch lange keine Neuwahlen.

II. Berlin, 4. März. In Kreisen der Mehrheitsparteien ist man der Ansicht, daß die Neuwahlen frühestens im Herbst vorgenommen werden können. Nur bei den Demokraten ist eine Minderheit für Wahlen im Frühjahr. Das Zentrum dürfte sich besonders wegen des Ergebnisses des Gelferich-Prozesses für den Herbst entscheiden. Die Mehrheitsfraktionen geben, nach den Neuwahlen befragt, meistens eine abweichende Antwort; für sie ist selbst der Herbst wohl noch ein zu früher Termin.

Vom Untersuchungsausschuß.

Nach langer Pause hört man einmal wieder von dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der seit der Senfation Hindenburg völlig verschollen schien. Sein erster Untersuchungsausschuß — in der früheren Vorstellung war ja der zweite zu Worte gekommen — hat nunmehr eine Sitzung abgehalten, der weitere folgen werden, nachdem davorstehen — am 5. März — der Gesamtausschuß einmal getagt hat. Die erste Abteilung hat bekanntlich die Vorgeschichte des Krieges zu behandeln. Sie hat bisher in geheimer Beratung die zu ihrem Thema vorliegende Literatur bearbeitet. Und daneben hat sie die Veröffentlichung Kautskys auf ihre Treue nachgeprüft. Das Ergebnis soll vernichtend sein für diesen parteipolitisch arg befangenen Dilettanten. Das Aktienstudium enthält mit voller Klarheit die beinahe ausschließliche Schuld der anderen Seite am Ausbruch des Krieges. Es steht so schlimm um Kautsky, daß auf Grund einer Beschwerde v. Bethmann-Hollwegs ernsthaft die Frage erörtert ist, ob der sozialistische Parteipapst als „Sachverständiger“ beibehalten werden dürfte. Klein. Sorge um einen neuen Zeitverlust hat ihn vor der Demütigung bewahrt, seines Vertrauensamtes enthoben zu werden.

Diebesgefilde auf der Eisenbahn.

Die „B. Z.“ am Mittwoch meldet aus Karlsruhe: Der Finanzminister Wirth teilte dem badischen Landtag mit, daß sich infolge der Verabreichung von Eisenbahnwagen auf dem Rangierbahnhof in Mannheim 76 Beamte und 103 Staatsarbeiter in Untersuchungshaft befinden. Die Ortsgruppe Mannheim des Verbandes des deutschen Verkehrspersonals ersuchte den Finanzminister, weitere Verhaftungen zu unterlassen und alle zurückliegenden Fälle zu amnestieren. Falls dem Wunsch nicht entsprochen werde, würde das Rangierbahnhofspersonal den Dienst einstellen. Der Finanzminister erklärte, er müsse es entschieden ablehnen, der Justiz in die Arme zu fallen.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

5. März.

Feierliche Bestattung der Opfer des Nordes in der Altstädter Feldmark. Gestern nachmittag wurden die vom Raubmord in der Altstädter Feldmark zum Opfer gefallenen Frau Friederike Busse und ihr 19-jähriger Sohn Gustav Busse, der leider seinen schweren Verletzungen erlag, hier, in Ruhe geliegt. Das friedliche Gesicht in der Hölle, das der Schauplatz eines so furchtbaren Verbrechens geworden ist, sah eine nach mehreren Hunderten zählende Schar von Leidtragenden, ungerichtet die Zahl derer, die vielleicht neben der Teilnahme an dem harten Schicksal des Todesopfer und der unglücklichen Hinterbliebenen auch eine gewisse Reue an den Ort trieb. Die Feierlichkeit, die im Hause stattfand, konnte dadurch nicht beeinträchtigt werden. An den über und über mit Krämen bedeckten Särgen hielt Pastor Wilmans eine ergreifende Trauerrede. Der dunkle Veilchenzug bewegte sich — ein merkwürdiger, schneidender Kontrast — durch die neu erwachende Landschaft. Voran schritt der Posaunenchor der Mühlengemeinde. Den beiden Leichenwagen folgte die tiefgebeugte Tochter der von ruchloser Hand jäh aus dem noch rüstigen Leben gerissenen Frau Busse mit ihrem Verlobten. Das überaus zahlreiche Trauergesolge der teilweise von weither gekommenen Angehörigen und der nahen Bekannten fand unter dem tiefen Eindruck des herben Geschehens, das hier erfüllte. An den dicht nebeneinander liegenden offenen Gräbern sprach Pastor Wilmans nochmals tröstende und ergreifende Worte, die in die Hoffnung ausklangen, daß in Deutschland bald gesicherte Zustände herrschen würden, unter denen Leben und Eigentum des Einzelnen wieder sicher sei. Dampf klangen die Erbschollen auf den in die Gräfte gesenkten Särgen; es war fast Abend geworden und die Sonne beleuchtete den ergreifenden Vorgang nur noch mit ihren letzten Strahlen. — Möchte es nun bald gelingen, den ruchlosen Mörder dem Arm der Justiz zu überliefern und seine gräßliche Tat ihre gerechte Sühne finden.

Personalnachricht. Der bei dem Landratsamte in Herford bisher probeweise beschäftigte Gerichtsassessor Dr. G. Ruten ist unter Ernennung zum Regierungsassessor in die allgemeine Staatsverwaltung übernommen.

Erneuerung des städtischen Notgeldes. Wie erachtet folgende Zuschrift: Der Magistrat hat beschlossen, das z. Zt. im Umlauf befindliche Kriegs-Notgeld durch neues zu ersetzen. Die Vorarbeiten sind eingeleitet; nach Fertigstellung wird weitere Mitteilung durch amtliche Bekanntmachung folgen. — Es ist erfreulich, daß der Magistrat den berechtigten Klagen in der Bürgerschaft und besonders im Gewerbetreiben über das bisherige städtische Notgeld munter Rechnung trägt.

Keine Sonntags-Automobilfahrten. Wie der Regierungspräsident in der heutigen Ausgabe der Herforder Zeitung bekannt macht, ist der Verkehr mit Kraftfahrzeugen an Sonntagen fortan verboten. Die Bevölkerung wird mit diesem Verbot sehr zufrieden sein.

Neue Preise für Zündhölzer. Die Zündholzindustrie-Gesellschaft Berlin W. gibt bekannt, daß ab 1. März d. J. die Preise für Zündhölzer in- und ausländischer Erzeugung durch Höchstpreisverordnung des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 28. Februar 1920 neu festgelegt worden sind. Das Paket Zündhölzer zu 10 Schachteln in- oder ausländischer Erzeugung kostet demnach 3,50 M oder 35 Schachtel 35 Pfg. Dieser Preis wird bedingt einerseits durch die gestiegenen Holz- und Rohstoffpreise, sowie andererseits durch die inländischen Erzeugung, andererseits durch die hohen Preise der ausländischen Erzeugung infolge der außerordentlich hohen Valuta. Die Versorgung mit Zündhölzern wird durch die deutschen Fabrikanten und die Zündholzindustrie-Gesellschaft im deutschen Reichsgebiet nunmehr systematisch geregelt.

Umsatzsteuer bei alten Beträgen zu freibleibenden Preisen. Nach § 46 Abs. 3 des Umsatzsteuergesetzes ist bei in diesem Jahre erfolgten und zu bezahlenden Lieferungen, über die Beträge bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossen sind, die Steuer nach dem neuen Gesetz zu entrichten. Der Lieferer kann jedoch dem Abnehmer die Differenz zwischen alter und neuer Steuer gefordert in Rechnung stellen. Es herrschen Zweifel darüber, ob eine solche geforderte Inrechnungstellung auch bei Lieferungen aus denjenigen alten Beträgen zulässig ist, die zu freibleibenden Preisen abgeschlossen worden sind. In einem der Handelskammer Wiesbaden zugegangenen Bescheide des Reichsfinanzministeriums ist diese Frage verneint worden. Nach dieser Auffassung ist der Abnehmer nur dann verpflichtet, dem Lieferer einen Zuschlag zum Entgelt in Höhe der auf die Leistung entfallenden Steuer zu leisten, wenn ein fester Preis vereinbart ist. Im anderen Falle entfällt der innere Grund für die Vorchrift, denn dann ist es dem Lieferer unbenommen, die Erhöhung der Umsatzsteuer in den Verkaufspreis einzurechnen.

Ausschreibungsfrist für Entschädigungsanträge von Betrieben an das Reich. Die Handelskammer zu Wiesbaden schreibt uns folgendes: Die beschleunigte Geltendmachung der aus Anlaß des Krieges oder infolge der Durchführung der Webergangswirtschaft an das Reich zu richtenden Forderungen ist durch Verordnung der Reichsregierung vom 4. Dezember v. J. neu geregelt worden. Die Annahmefrist läuft mit dem 30. März d. J. aus. Die Annahmefrist erstreckt sich auch auf Forderungen der Arbeitgeber auf Gewährung von Zuschüssen für die Entschädigung der in der Zeit vom 2. Januar bis 31. März 1918 infolge Rohstoffmangels zum Feiern genötigten Arbeiter und Arbeiterinnen in wichtigen Betrieben der Nahrungsmittel- und Ernährungsindustrie. Die letzteren Forderungen sind bei den Gemeindebehörden des Reichsgebietes, die übrigen bei einer amtlichen Stelle, zweckmäßig bei der Regierungspräsidenten (Demobilisationskommissionen) anzumelden.

Der Bund Deutscher Kriegsteilnehmer E. V., Sitz Herford, hat auch in Hannover eine Verwaltungsstelle eingerichtet, verbunden mit einer Auskunftsstelle, welche über alle kriegsfeindlichen Fragen, welche für die Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebenen von Wichtigkeit sind, Rat und Auskunft erteilt sowie entgeltlich Gesuche usw. anfertigt und weiterleitet. Die Verwaltungsstelle befindet sich bei Kamerad Stübner, Hannover, Gildesheimerstr. 1a.

— **Deutsch-Demokratische Partei.** Heute Abend findet im G. Vereinshaufe der Vortrag von Dr. Ziegler, Leiter des Goethe-Gymnasiums in Hannover, über „Die Deutsche demokratische Partei als Mittelpartei“ statt. Da der Referent auf dem Bezirksparteitag in Enger durch seine von lautschem Pflichtgefühl und Idealismus durchdrungenen Ausführungen über die Wege zum Wiederaufbau bei allen Teilnehmern große Begeisterung erntete, wolle man sich rechtzeitig einen Platz sichern, weil der Andrang zweifellos groß sein wird.

— **Konzertgesellschaft.** Das letzte Abonnementskonzert findet am Freitag den 12. März statt. Der Verwaltungsrat der Schönen-gesellschaft hat für dieses Konzert freundlich den großen Saal des Schützenhofes zur Verfügung gestellt. Der Vorverkauf beginnt Montag an der Konzertscheibe im Rathaus. Es werden Karten zu 3.— und 2.60 M. verkauft.

wp. **Ein Weisfälsch-Bippischer Richtpfeilverein** ist im städtischen Weisfälschen mit dem Sitz in Schilfde ins Leben getreten. Er lehnt grundsätzlich jede Sensationshajerei und allen Schmutz ab und bringt nur wirklich volkshilfliche und dabei fesselnde moderne Stoffe zur Darstellung. Der Verein will in allen Landorten des Ravensberger und Lipper Landes Vorführungen geben. Da außerdem Kriegsbefähigte und Heimkehrer ermäßigte Preise erhalten, hat die Schilfdecker Amtverwaltung ihn seines gemeinnützigen Charakters wegen bereits von der Vermögenssteuer befreit. Die Leitung erteilt gern Ratsschläge und Auskünfte jeder Art. Von diesem neuen Unternehmen ist eine weitere Förderung der allseitig gewünschten Hebung des Kinowesens in Weisfälschen zu hoffen.

— **Der Hund ist ein Gegenstand des täglichen Bedarfs**, so lautet die Urteilsbegründung des Wiesbadener Schöffengerichts in einer Strafsache. Eine Frau hatte einen Hund für 30 Mark gekauft und im „Handumdrehen“ für 250 Mark verkauft, also für einen Gegenstand des täglichen Bedarfs einen übermäßigen Gewinn, 800 Prozent genommen. Sie wurde denn auch verurteilt.

Ami Gohfeld-Mennighüffen.

th. **Löhne.** 2. März. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde die vom Einnahmer gelegte und von der Rechnungs-kommission geprüfte Jahresrechnung der Gemeindefasse 1918 festgestellt und dem Plenarrat Entlastung erteilt. — Dem Antrag des Lehrer-kollegiums auf Herrichtung eines Lehrerzimmers wurde entsprochen. Die Ausführung soll dem Schulvorstande überlassen bleiben. In den Sachverständigen-Ausschuss für Mietzinssteigerungen wurde gewählt als Richter H. Wernicke Nr. 207, M. Schormann Nr. 4 und W. Nolting Nr. 50, als Vermittler H. Brämann, H. Flachmeier und Gottlieb Busch Nr. 27. — Eine Beschlusssatzung über Bewilligung von Uebertretungszuschüssen zu Privatbauten wurde ausgesetzt zunächst sollen noch die näheren Bestimmungen über Wohnungsbauten abgemacht werden. Der Beschluß über die Bewilligung einer Abfindungssumme von 250 M. für ein Gartenhaus an Frau Rektor Riemann wurde in geheimer Sitzung wieder aufgehoben, es soll in nächster Sitzung darüber Beschluß gefaßt werden. — Vertretung willigt in die Trennung des Kirchenamts vom Schulamt ein. In die Entscheidungskommission wird der Gemeindevorsteher Steffen als Mitglied des Schulvorstandes gewählt. Der Amtmann wird mit der Umbauung im Grundbuche gemäß des Vertrages vom 8. 6. 1892 ermächtigt. — Der Amtmann wird gebeten, Veranlassung zu nehmen, daß dem Kriegsbefähigten Schiffer das Amt als Fleisch- und Trichinen-beschauer für Löhne übertragen wird. Ferner wird der Amtmann gebeten beim Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg hinzuwirken, daß der Antrag Sohnsmeier u. Genossen auf Anschluß an das Lichtnetz bald zur Ausführung kommt. — In geheimer Sitzung fanden noch eine Anzahl Unterstützungsgesuche Erledigung.

Ami Spenge.

Spenge, 1. März. Auf Veranlassung der Deutsch-demokratischen Partei fand im Saale des Gasthofs Seimann eine öffentliche Volksversammlung statt, in der die Frage beantwortet wurde: Wie kann unser Volk geholfen werden? Frau Kraußold, Herford nahm hierzu das Wort. In großen Strichen wurde die Not unsers Volkes gezeichnet und der Weg gewiesen, wie gerade die Frauen mitarbeiten können am Wiederaufbau unsers Vaterlandes. Schriftleiter Franz Salzfuss wußte die Grundsätze der Demokratie den Zuhörern klar zu machen. Das deutsche Volk ist nicht verloren, wenn es sich nicht selbst aufgibt. Es ist aber die höchste Zeit, daß wir mit Herz und Hand arbeiten am Werke des Vaterlandes. Bekennen wir uns klar und deutlich zum heutigen Volkstaat! Bekennen wir uns ebenso zur Arbeit! Dann kann uns geholfen werden. Die klaren und passenden Darlegungen der beiden Referenten wurden von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Eine Besprechung der Vorträge wurde nicht gewünscht. Darum schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Dank an die Redner und mit der Bitte an die Zuhörer, den Gedanken der Demokratie in immer weitere Kreise zu tragen.

Was unsere Leser sagen.

(An dieser Stelle veröffentlichen wir Zusendungen aus unserem Leserkreis, für welche wir eine Verantwortung nicht übernehmen.)

Zur Frage „Bekenntnisschule oder Simultanschule“.

Enger, 5. März. Der „Engerische Anzeiger“ bringt in Nr. 25 ein „Eingefand“, das sich mit meinem „Eingefand“ vom 12. Februar beschäftigt.

In die Konfessionschule gehen nur Schüler ein und derselben Konfession und werden von Lehrkräften der gleichen Konfession unterrichtet. Die Simultanschule dagegen kann von Kindern verschiedener Konfessionen besucht werden. Es sind dann aber auch in der Regel Lehrkräfte der verschiedenen Konfessionen dort tätig. Schül- und Volks-freunde fordern gemeinsam mit dem deutschen Lehrerverein die Simultanschule, damit die Zwergschulen, die oft nur von wenig Kindern besucht werden, wegfallen und ein großes, einheitliches, leistungsfähiges Schulsystem in den Gemeinden aufgebaut werden kann. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Schüler in den großen Schulsystemen mehr lernen wie in den kleinen. Wenn man nun die Konfessionschule für die großen konfessionellen Gemeinschaften fordert, dann muß man sie logischer Weise auch für kleinere Konfessions-Gemeinschaften und Sektten verlangen. Was das aber bedeutet, wird einem klar, wenn man bedenkt, daß in Deutschland nach der letzten Volkszählung 367 verschiedene Religionsgemeinschaften und Sektten vorhanden waren. Man bekommt das Gruseln, wenn man nur an ein solches Schulhaus denkt.

Auch in der Simultanschule wird Religion unterrichtet! Auch in der Simultanschule lernen

die evangelischen Kinder von Dr. Martin Luther und seinem Reformationswerk! Auch in der Simultanschule werden Weihnachtslieder gesungen! Wer das Gegenteil behauptet, sagt die Unwahrheit. Der Einfender schreibt: „Unsere höheren Schulen in hiesiger Gegend und besonders das Gymnasium und die Realschule in Herford sind keine Simultanschulen, sondern Konfessionsschulen“; dabei sagt er selbst, daß sie von evangelischen, katholischen und jüdischen Schülern besucht werden. Wenn er nun, der Wahrheit entsprechend, noch hinzugefügt hätte, daß auch an sämtlichen Herforder höheren Schulen Lehrkräfte der verschiedenen Konfessionen tätig sind, dann hätte er allen Urteilsfähigen schon das Merkmal der Simultanschule vor Augen geführt. Wahrheitsgemäß gehört der „schamhafte“ Einfender zu jenen Leuten, die sich mit aller Macht für die Konfessionsschule ins Zeug legen, ihre eigenen Kinder aber in die Simultanschule schicken. Damit man ihm nun nicht nachsagt: „Aut nach meinen Worten, aber nicht nach meinen Taten“, versucht er, sich und anderen vorzubeden, daß die Herforder Schulen „Konfessionsschulen“ sind. Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, stelle ich ausdrücklich fest, daß die meisten höheren Schulen, auch die Herforder, Simultanschulen sind und daß seit 1885 höhere Lehranstalten nur als Simultanschulen errichtet sind. Frau X. gab die richtige Antwort! Das Schulsystem, das für die höheren Stände sich bewährt hat, muß auch für die unteren Stände verlangt werden! Wenn aber der Einfender die hiesige Volksschule nach dem Muster der höheren Herforder Schulen, die nach seiner Angabe ja „Konfessionsschulen“ sind, einrichten will, so bitte ich ihn, den anonymen Schleier etwas zu lüften, ich bin dann gern bereit, ihn nach Kräften zu unterstützen.

Der Einfender schreibt: „Soweit die Richtigstellung.“ Was von dieser „Richtigstellung“ gegenüber den von mir in meinem Artikel vom 12. Februar angeführten Tatsachen und den vorstehenden Ausführungen noch übrig bleibt, überlasse ich dem Leser zu beurteilen.

Offenbar hält der Einfender viel von Dr. Martin Luther, und ich will ihm sagen, daß ich Dr. Martin Luther wegen seines unerschrockenen Bekenntnismutes bewundere. Mein fehnlichster Wunsch ist, recht viel solcher Luther-naturen in unserm Vaterlande zu finden. Leider gehört der Einfender nicht zu diesen, sonst hätte er wohl unter das „Eingefand“ seinen Namen gesetzt.

Getmann Kronsbein.

Wirtschaftsleben.

Devisenturse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:		4. März	3. März		
		Geld	Preis	Geld	Preis
Holland	100 Gulden	3681	3689	3673 ¹ / ₂	3681 ¹ / ₂
Norwegen	100 Kronen	1878	1882	1861	1868
Dänemark	100 Kronen	1606 ¹ / ₂	1611 ¹ / ₂	1498 ¹ / ₂	1501 ¹ / ₂
Schweden	100 Kronen	1694 ¹ / ₂	1701 ¹ / ₂	1690 ¹ / ₂	1694 ¹ / ₂
Schweiz	100 Franken	1630 ¹ / ₂	1634 ¹ / ₂	1621 ¹ / ₂	1624 ¹ / ₂
Wien (alt)	100 Kronen	40,96	41,04	40,71	40,79
Budapest	100 Kronen	35,71	35,79	35,71	35,79
Prag	100 Kronen	100,90	101,10	99 77 ¹ / ₂	99 87 ¹ / ₂
Spanien	100 Pesetas	1736 ¹ / ₂	1741 ¹ / ₂	1723 ¹ / ₄	1726 ¹ / ₂

Münster, 4. März. Der Oberpräsident der Provinz Westfalen gibt bekannt: Die Preisbildungsstelle für die Provinz Westfalen ist mit dem 1. 3. 1920 von Dortmund nach Münster, Galiherstr. 13, verlegt worden.

Berliner Warenmarkt.

Berlin, 4. März. Das Geschäft war heute sehr ruhig. Die Forderungen für Hafer haben sich nicht viel verändert. Auf Ab-ladung trat neuer Vögehr für Reichsverpflegungsmaterial hervor, sonst waren die Käufer zurückhaltend. Im Pflanzgeschäft geht sehr wenig um, da der Verbrauch nur sehr geringe Mengen nötig hat, und die Mägen zunächst zurückhaltend sind. Vom Lager war Hafer daher vergleichsweise billig angeboten. Im Hülsenfrucht-geschäft haben sich größere Umsätze nicht entwickelt. Die Ge-meinden zeigen große Vorzicht bei weiteren Anschaffungen, Lupinen sind fest gelieben, während für Serradelle die Marktlage sich weiter verflaut hatte. Die Stimmung für Heu wie Stroh war am Platze bei ziemlichem Angebot matt, noch dem Westen und Süden fest. Amtliche Preise des Berliner Warenmarktes am 4. März: Für Hafer für 1000 Kgr. loco —, Abladung 4720—4760 M., Stimmung fest. Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt worden: (alles für 50 Kgr. ab Station): Erbsen, Viktorien 440 bis 580 M., gelbe und grüne Erbsen 380—540 M., Bohnen weiße incl. 400—500 M., Peluschken 240—255 M., Pferdebohnen 230—260 Mark, Wicken 180—205 M., Lupinen 90—120 M., Serradelle 124 bis 125 M., Weizenheu lose 48—57 M., Stroh drahtgepreßt 34—38, gebündelt 32—34 M., Trodenstängel 102—105 M., Patent Stiefeln 118—121 M., Rottlee, incl. jeisefrei 1600—1900 M., Buchweizen 275—290 M.

Preiserhöhung für Preßhefe. Der Verband deutscher Preß-hefefabrikanten hat den Hefefpreis rückwirkend ab 1. März um 4 Mark für das Kilo hinaufgesetzt.

Die trostlose Kohlenverjorgung des Rastgewerbes ist bei den jüngsten Verhandlungen über die Rastverteilung im März erneut aufgetaucht worden. Für März wurde folgende Rastverteilung ge-nehmigt: Eisen und Stahl 37 000, Raststoff 27 000, Chemie 16 500, Kokerien und Gasanstalten 4000, Düngestoff 63 000, Bau-stoff 27 500, Rastlandstein 9000, und Schwemstein 3000 Tonnen.

Herzlichen Dienst für Notfälle

haben Sonnabend nachmittag und Sonntag, den 7. März: San.-Rat Dr. Kolling und Dr. Pape jr.

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Schaller; für den Inzeratenteil verantwortlich: G. Wese, beide in Herford.

Kartoffeln.

Durch Verfügung der Reichskartoffelstelle ist mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums ab 1. März 1920 die Kartoffel-ration für die vorzugsweise berechnete Bevölkerung auf 5 Pfund für die Woche herabgesetzt. In der Verjorgung in Zugang kom-mende Personen, sowie Teilzeitverjorger erhalten Kartoffel-markten in Gemäßheit obiger Verbrauchsregelung zugeteilt.

Der Magistrat.

Erholungsaufenthalt im neutralen Ausland.

Es besteht die Möglichkeit, eine Anzahl dringend er-holungsbedürftiger bzw. stark unterernährter Kinder von 7—13 Jahren für 6—8 Wochen in der Schweiz, Holland oder den nordischen Ländern unterzubringen. Der Aufenthalt ist vor-aussichtlich unentgeltlich. Die zu bezahlenden Reisekosten werden sich auf ca. 200.— M. pro Kind stellen. Reflektanten wollen sich umgehend in Zimmer Nr. 33 des Rathauses melden, wo auch weitere Auskünfte erteilt werden.

Herford, den 5. März 1920.

Der Magistrat.

Kohlen!

Der Verkauf von Kohlen auf Marke 6 der gelben Kohlen-karte für diejenigen Haushaltungen, die die Kohlen selbst holen wollen, findet am Sonnabend, den 6. ds. Mts. von Nr. 1—300 und am Montag, den 8. ds. Mts. von Nr. 301 bis Schluß für folgende Bezirke statt:

Bezirk 9, Kohlenhandlung Wintemann, Hollandstraße, zum Verkauf kommen Stück- und Anthrazitkohlen.

Bezirk 10, Kohlenhandlung Nießler, Hollandstraße, zum Ver-kauf kommen Stückkohlen.

Bezirk 11, Kohlenhandlung Schröder, Mindenerstraße, zum Verkauf kommen Stückkohlen.

Bezirk 12, Kohlenhandlung Meise, Wallgeriestraße, zum Ver-kauf kommen Stück- und Anthrazitkohlen.

Der Verkauf findet nur an den festgesetzten Tagen statt.

Das Geld ist abgezählt bereit zu halten. Die Marken dürfen nur durch den Kohlenhändler von der Stammkarte abgetrennt werden.

Herford, den 4. März 1920.

Die Kristallkohlenstelle Herford-Stadt.

Bekanntmachung.

Laut Mitteilung vom Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg werden die Transformatorstationen Altkäbler Feldmark und Heidsiel am Sonnabend, den 6. und Sonntag, den 7. März, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 7 Uhr außer Betrieb gesetzt. Es haben daher an diesen beiden Tagen keinen Strom: Elver-differstraße bis Aeling, Auf dem Gickelkamp, Auf dem Nischen, Im Heidsiel, Viehtriefenweg, Altenfennweg.

Herford, den 4. März 1920.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werk.

Bekanntmachung

Auf Grund der §§ 1 und 4 der Verordnung über die wirt-schaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 ordne ich, mit Rücksicht auf den großen Mangel an Betriebsstoffen, der die Be-lieferung der für die Volksernährung arbeitenden und sonstigen lebenswichtigen Gewerbebetriebe mit dem nötigen Betriebsstoff gefährdet, für den Regierungsbezirk Minden folgendes an:

§ 1. Vom Tage der Verkündung dieser Bekanntmachung im Amtsblatte an ist bis auf Weiteres

1. an Sonn- und Feiertagen,

2. zur Nachtzeit,

der Verkehr mit Kraftfahrzeugen (Personen und Lastkraftwagen, sowie Motorräder) verboten. Dies Verbot gilt nicht für Fahrten in dringenden Notfällen (wie zur Herbeischaffung ärztlicher Hilfe, für Krankentransporte, bei Bränden und anderen Unglücksfällen) und für solche im Auftrage einer Behörde.

§ 2. Als Nachtzeit gelten in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März einschließlich, die Stunden von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, vom 1. April bis 30. September einschließlich, die Stunden von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens.

§ 3. Bei den in § 1 genannten Ausnahmefällen hat der Fahrer des Kraftfahrzeuges durch eine Bescheinigung oder in anderer Weise den Notfall spätestens am Tage nachher der Orts-polizeibehörde nachzuweisen, die die Anzeige durch den Kreis an mich weiterzureichen hat.

An diesen Fahrten dürfen nur die zur Behebung des Not-falles unbedingt erforderlichen oder von der Behörde beauftragten Personen teilnehmen.

§ 4. Zuwiderhandelnde insbesondere auch die Anzeige Unter-lassende werden mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und mit Geld-strafe bis zu 100 000 Mark bestraft, bei mildernden Umständen kann getrennt auf eine der beiden Strafen erkannt werden. Ab-gesehen hiervon kann das Kraftfahrzeug — ohne Rücksicht ob es dem Täter oder Teilnehmer gehört oder nicht — für den Staat verfallen erklärt und der im Besitze des Zuwiderhandelnden vor-handene, in dessen Schuppen oder sonstigen Räumen noch lagernde Betriebsstoff sofort beschlagnahmt und zu den geschätzten Höchst-preisen an Verbraucher abgegeben werden. (I pa 7.)

Minden, den 10. Februar 1920.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht!

Herford, den 28. Februar 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Weitere Ausnahmegenehmigung betr. Arbeitszeit der bei den Lohndrehereien beschäftigten gewerblichen Arbeiter.

Im Anschluß an meine Ausnahmegenehmigung vom 23. 8. 1919 (Amtsblatt S. 171) genehmige ich auf Grund von Ziffer 7 Abs. 3 der Anordnung vom 23. 11. 1918 (R. G. S. 1334) / 17. 12. 1918 (R. G. S. 1436) im Interesse der Volksernährung, daß die bei den Lohndrehereien mit dem Heizen und Beaufsichtigen der Maschinen beschäftigten Gehilfen des Drechselschleifers die zum Inganggehen der Drechselschleifer erforderlichen Arbeiten außerhalb der Arbeitszeit vornehmen, die durch die vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919 (R. G. S. 111) zuge-laffen ist.

Minden, den 16. Februar 1920.

Der Regierungspräsident.

gez. von Campe.

Veröffentlicht!

Herford, den 1. März 1920.

Der Demobilisierungsausschuss des Stadtkreises Herford.

Bekanntmachung

Die den Kriegshinterbliebenen bewilligten Zuschüsse können am Freitag, den 5. ds. Mts. vormittags von 8—12 Uhr bei der Amtskasse hier selbst in Empfang genommen werden.

Der Amtmann. Engelhardt.

Herford, den 5. März 1920.

Gestern morgen verstarb infolge kurzer, schwerer Krankheit, mein lieber und geliebter Mann, meiner Kinder treuer Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel,

der Zimmermann
Hermann Wittland
im 39. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Auguste Wittland geb. Baeder,
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Montag, den 8. März, mittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Buchenstraße 18, aus statt.

Achtung! Herford! Achtung!
Berein Wandergewerbetreibende,
Handelsleute u. Berufsinteressenten
(St. Herford).

Am Sonntag, den 6. d. Mts.,
Anfang abends 8 Uhr
findet bei Herrn **C. Kropp** (früher Wittland) Hämelfingerstr.
großes

Familien-Fest

statt, wozu Freunde und Gönner des Vereins eingeladen sind.
Der Vorstand.

Verband der Dachdecker
Filiale Herford.

Am Sonntag, den 6. März 1920, feiert
oben genannter Verein in den Festsälen des Herrn
Tiemeyer, Stiftberg, sein diesjähriges



großes Kostümfest

unter Mitwirkung des beliebten
Bandoniumklubs „Edelweiß“.
In den Zwischenpausen die berühmte
Schrammelmusik
im Tiroler Alpenhause.

Anfang 6 1/2 Uhr. Hierzu ladet freundlichst ein
Das Festkomitee.

Auf zur Hansfabrik! Auf zur Hansfabrik!

Ww. Sieberling.

Dort feiert am Sonntag, den 6. März
der Staffklub „Hansa“ einen großen

Tiroler-Ball

mit verschiedenen Überraschungen (Mond-
scheinwolke usw.). Die Musik wird aus-
geführt vom Bandoniumklub „Edelweiß“.
Anfang 7 Uhr. Es ladet freundlichst ein
Der Festvorstand.

Beamten-Verein, Herford

(Ortsgruppe des Deutschen Beamten-Bundes).

Jahres-Mitgliederversammlung

am Sonntag, den 6. März, abends 7 1/2 Uhr
im Evangelischen Vereinshaus.

- Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Gütervorleser Dürer-Hannover über
Gewerkschaftsbestrebungen u. Organisations-
fragen der Beamten.
 2. Jahresberichterstattung.
 3. Bericht des Vorstands.

Alle noch nicht angeschlossenen Beamtengruppen werden
hierzu ebenfalls freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Vereinigte Waschanstalten u. Plättereien
Herford.

Laut Versammlungsbeschluss sind jetzt

Einheitspreise

in unserer Branche festgelegt. Die Preisverzeichnisse hängen
von heute ab in sämtlichen Betrieben aus. Wir bitten unsere
werte Kundschaft davon Kenntnis zu nehmen.
Der Vorstand.

Die Vertretung einer leistungsfähigen
Schokoladen- und Zuckerwaren-
Fabrik

wird von einem eingeführten Vertreter für den Bezirk Hessen-
Nassau und einen Teil des Rheins gesucht.
Angebote unter L. 6401 an die Geschäftsstelle dieser
Zeitung.

Alt-Eisen, Lumpen und Metalle

kauft laufend zu Tagespreisen.

Fr. Schaminsky, Produktienhandlung,
Holländstr. 27. Einjährig Endebutstr.

Grosses Lager in

Miele-Kraft-Waschmaschinen

für unmittelbaren Antrieb von einem Elektromotor
oder Transmission.

Grösse 100—120 Liter.

Selbige werden auf Wunsch von mir aufgestellt.

Gustav Klöpfer,
Herford. Mindenerstr. 2.
Telefon 848.

Wir erhielten frische Zufuhren in
roten Möhren, Stedrüben, Runkeln,
Porree und Zitronen.

An Klein- und Großabnehmer haben wir abzugeben:
1a. Sauertraut, Brech- und Schneidebohnen,
Gurten in Fässern und Dosen, Rollmöpfe, frisch
geräucherte Kieler Bücklinge, Suderrübensaft.
Gemüse- und Obstmarkt, G. m. b. H.
nur Mindenerstr. 6.

Zwei tüchtige

Damenschneider

für erstklassige Maßarbeit zu sofort oder später gesucht.

Tuchspezialhaus Lehmann,
Bäckerstr. 33. Fernsprecher 971.

Wir suchen

für mehrere Außenstellen

Zeitungs-Austräger.

Herforder Zeitung für Stadt und Land.

GESCHÄFTS-UEBERNAHME!

Hiermit mache ich die ergebene Anzeige, dass ich
das seit langen Jahren bestehende, bestrenommierte

HOTEL STADT BERLIN

AUGUST RHODE

Herford, am Alten Markt, käuflich übernommen habe
Sowohl Hotel, als auch Wein- und Bierrestaurant sind der Neuzeit
entsprechend durch die Architekten Friedmann & Seher in Herford
hergerichtet worden; die Lieferung nur erstklassiger Speisen und
Getränke zu angemessenen Preisen werde ich mir äußerst angelegen
sein lassen, sodass meine verehrlichen Gäste die Gewähr für einen
angenehmen und gemächlichen Aufenthalt in meinen Lokalitäten haben.
Meinen Saal halte ich für Kl. Gesellschaften, Hochzeiten etc. empfohlen.

Am Eröffnungstage, Sonntag, nachmittags 6 bis 11 Uhr, erstklassiges

KÜNSTLER-KONZERT

Ich bitte, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen. Kuno Wullekopf.

Tüchtige

Zigarren- und Waffelmacher(innen)

für sofort gegen guten Lohn gesucht.
Heinr. Schmitz Söhne, Bracht (Rheinl.)

Zwangsverkauf.

Ein bis zwei
große Räume
als Ausstellungs- oder
Lagerraum gesucht. Ange-
bote unter Nr. 6451 an die
Geschäftsstelle dieser Ztg.

Gute Hausmädchenstelle in

Hannover gegen gute
Lohnzahlung gesucht. Ange-
bote unter Nr. 6452 an die
Geschäftsstelle dieser Ztg.

4 Zimmer Wohnung

in Herford zu kaufen gesucht. Ange-
bote unter Nr. 6453 an die
Geschäftsstelle dieser Ztg.

Kontrollkassen,

gebrauchte National, kauft
Gustav Behre, Dortmund
Kapellenstr. 4. Telefon 7049

Milch-Zentrifugen,
Fahrrad-Gummi,
Decken u. Schläuche

zu verkaufen.
Herm. Oßbeider,
Beförderung.

Schweres

Pferd
(Belgier), 7jährig,
zu verkaufen.
Oskar Wittland,
Herford, Bertramsstr. 15.

Holzbildhauer-

bank
gut erhalten, zu kaufen gesucht.
Schriftl. Angebote unter Nr.
6426 an die Geschäftsstelle dieser
Zeitung.

Eine wenig gebrauchte

Kopierpresse
zu verkaufen.
Wo, sagt unter Nr. 6400 die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Freibant (Schlachthof).
Morgen früh 10 Uhr.

Deutsch-Demokratische Partei Herford.

Oeffentliche

Volksversammlung

am Freitag, 5. März, abends 8 Uhr im „Evangelischen
Bereinshaus“

Gymnasialdirektor Ziegler-Hannover spricht über das Thema
„Die Deutsche Demokratische Partei als Mittelpartei“

Männer und Frauen aller Parteien sind zu dieser Ver-
sammlung freundlich eingeladen.



Spezial-
Gardinen-
Wäscherei.

Schonende Behandlung.

C. Schultze

Färberei und

Reinigungs-Anstalt

Rennstrasse 9

/// Telefon 522. ///

Harakiri

Misericordia

Der

goldene See

Wahnsinn

Der Ritualmord

Fertige Betten

Bettbarchent, Federn

Halbdaunen,

Herforder Spezial-Bettenhaus

E. & F. Maack, Herford

Mindenerstr. 1 Lübbertstr.

Kirche der christlichen

Wissenschaft.

(Christian Science)

Herford, Böbenstraße 63.

Gottesdienst:

Sonntag, morgens 10 Uhr.

Versammlungen:

Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr.

Suche für sofort einen

16-17jährigen

Kutscher.

Aug. Behmeyer, Gander.

Unterhaltener

Kinder-Sportwagen

mit Verbed, zu kaufen gesucht.

Nachfragen unter Nr. 6449

in der Geschäftsstelle dieser Ztg.

Tischlerbant

gebrauchte, gegen hohen Preis

zu kaufen gesucht. Angebote an

die Geschäftsstelle dieser Ztg. unter Nr. 6450.

An- und Verkauf

von gebrauchten Möbeln,

Defen, Betten, Kleider,

sowie sämtlichen Gegenständen

von einfachen und künstlerischen

Wert. Postkarte genügt.

Jacob Schmitt, Stiftberg

Strasse 1, (Eingang).

Wir kaufen

Papierabfälle

aller Art

(alte Zeitungen, Bücher, Jour-

nale, Pappen usw.) zu Tages-

preisen

Buchdruckerei Fr. Auhle

Herrnstr. 83 und 151.